

aus: Financial Times Deutschland vom 23.3.2010

Axel Troost

Eine Bankenabgabe reicht nicht

Wer es ernst meint mit der Bankenregulierung muss die zweckgebundene Abgabe mit einer Steuer auf Finanzgeschäfte kombinieren

Die Banken sollen für die von ihnen verursachte Krise zahlen. Daher ist die Entscheidung der Bundesregierung für eine Bankenabgabe grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn bisher völlig unklar ist, wie viel welche Banken eigentlich zahlen sollen.

Jetzt muss die Bundesregierung aber beweisen, dass die Bankenabgabe nicht nur ein Placebo zur Beschwichtigung des Volkszorns auf die Banker ist, sondern der lange überfällige Einstieg in eine neuen Finanzarchitektur. Ohne einen Neuanfang bei Regulierung und Bankenpolitik behalten jene Skeptiker recht, die in der Bankenabgabe vor allem ein Ablenkungsmanöver sehen, um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu hintertreiben.

Häufig hatte man in den vergangenen Wochen den Eindruck, als müsse die Politik zwischen Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer wählen. Man sollte sich aber vielmehr fragen, welches von beiden Instrumenten sinnvoll ist. Und die Antwort darauf ist klar: beide!

Eine Bankenabgabe hat ihre Berechtigung darin, dass sie als zweckgebundene Einnahme (darin liegt die Natur einer Abgabe im Gegensatz zu einer Steuer) dazu dienen muss, wenigstens Teile der Kosten zu decken, die den öffentlichen Haushalten durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden sind. In Deutschland könnte man diese Kosten als Summe der Steuerausfälle, der Ausgaben für die Bankenrettung und der Kosten von Stabilisierungsmaßnahmen wie Konjunkturpaketen und Kurzarbeitergeld auf mindestens 100 Mrd. Euro beziffern. Allein für 2009 verbucht der Bankenrettungsfonds Soffin Verluste von bis zu 4 Mrd. Euro. Was liegt da näher, als sich mindestens die Kosten der Bankenrettung wieder zurückzuholen? Und zwar bei den Hauptverursachern der Krise: den Banken.

Die Finanztransaktionssteuer dagegen war als Verbindung der langjährig etablierten Börsenumsatzsteuer und der langjährig geforderten Tobin-Steuer nie zum Stopfen von Haushaltslöchern nach Finanzkrisen konzipiert. Nur wenn eine Bankenabgabe die Banken an den Kosten der Krise beteiligt, kann die Finanztransaktionssteuer die Aufgaben übernehmen, die der Tobin-Steuer und der Börsenumsatzsteuer ursprünglich zugeacht waren. Die Tobin-Steuer soll(te) "Sand ins Getriebe streuen", den Devisenmarkt entschleunigen, Spekulation bremsen und Einnahmen vor allem bei den Akteuren abschöpfen, die offensichtlich genug Geld für internationale Kapitalmarktgeschäfte haben. Die Börsenumsatzsteuer sollte schon immer und vor allem Steuereinnahmen generieren. Bei beiden Steuern ging es nicht um eine verursacherorientierte Finanzierung von bereits angefallenen Kosten, sondern um einen Einstieg in die Entwaffnung der Finanzmärkte und die verteilungsgerechte Erhöhung von Steuereinnahmen, auch und gerade zur Finanzierung von Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz. Dies haben über 50 Organisationen im Bündnis „Steuer gegen Armut“ und über 66.000 Bürgerinnen und Bürger in einer Petition an den Bundestag eingefordert.

Auch die Anleger sollen zahlen

Es ist insofern sehr unglücklich, wenn als Begründung der Finanztransaktionssteuer immer wieder vornehmlich die Notwendigkeit der Finanzierung der Krisenkosten genannt wird, wie es zum Beispiel die SPD tut. Die Finanztransaktionssteuer kann ihre Ziele nur dann erfüllen, wenn ihre Einnahmen nicht schon zur Tilgung der Schulden des Soffin verplant sind.

Das Aufkommen der Finanztransaktionssteuer wird auch nicht vorrangig von den Banken bezahlt werden. Nur im Rahmen ihres Eigenhandels, den es ohnehin einzuschränken gilt, werden die Banken die Transaktionssteuer zahlen müssen. Die Masse des Aufkommens kommt von gewerblichen institutionellen Spekulanten, deren kurzfristige Aktivitäten an Attraktivität verlieren sollen.

In einer Welt vernünftiger Politikinstrumente sind Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer – gemessen an ihren unterschiedlichen Zwecken – gleichermaßen plausibel und zielführend. Und beide sind notwendig.

Axel Troost ist finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag